Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 119 (1986)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1171

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 4

Organ des Bernischen Lehrervereins
119. Jahrgang. Bern, 21. Februar 1986

Organe de la Société des enseignants bernois
119e année. Berne, 21 février 1986

Spätsommerschulbeginn

Stellungnahme der Sektion Oberhasli zur Vernehmlassung des Dekrets und Gesetzes über den Spätsommerschulbeginn

Am 30. Januar fand sich etwa ein Drittel aller Mitglieder der Sektion Oberhasli zusammen, um die Dekrets- und Gesetzesentwürfe der ED zur Umstellung auf den Sommerschulbeginn zu besprechen.

Unsere Sektion war seinerzeit aktiv und einmütig gegen den Sommerschulbeginn eingestanden – und so begann die Gesprächsrunde auch mit dem grundsätzlichen Eintreten auf die Vorlagen.

Besteht bei der Gesetzesänderung nicht eine Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen und dadurch den Schulbeginn im Sommer zu blockieren?

Die Mitglieder der Versammlung einigten sich jedoch, auf solche Gedanken nicht weiter einzugehen.

Bald schon kamen die Kolleginnen und Kollegen auf den unserer Ansicht nach hauptsächlichen Mangel im Dekret zur Umstellung zu sprechen: **Es fehlt nämlich die Idee, während des Langschuljahres die gesamte Lehrerschaft für Weiterbildung, Kurse und Vertiefung unserer Berufsarbeit erfassen und mobilisieren zu können.** *Folgender Änderungsantrag* (zu Art. 2 des Dekrets) wurde hiernach einstimmig gestellt:

«Im Langschuljahr beträgt die Unterrichtszeit 46 bis 49 Wochen abzüglich maximal vier Wochen. In diesen vier Wochen besucht die Lehrerschaft Kurse ihrer Wahl.»

Begründung/Organisation: Während dieser vier gewonnenen Wochen, wo die Schülerschaft verlängerte Ferien erhält, steht die gesamte Lehrerschaft zur Verfügung, Hunderte von Kursleitern aller Kursgattungen stehen frei, wären einsetzbar. Die Kosten der zugegeben grossen Aktion: Relativ klein, da die Kursleiter ja ohnehin besoldet sind. Es fallen einzig Materialkosten und ähnliches an.

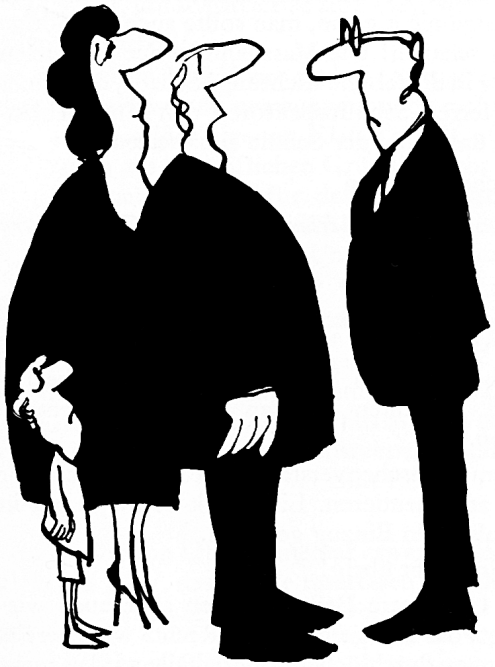
Zum Schluss der Debatte beschlossen die versammelten Mitglieder noch *zwei weitere Änderungsanträge*, die das Gesetz betreffen:

1. Laut Artikel 56 soll der Schulbeginn frühestens am zweiten Montag im August erfolgen!

   Wir wünschen, bereits am ersten Montag beginnen zu können, da sonst bei spätem Beginn die Zeit vom Sommer bis Weihnacht eher wie ein Trimester, statt Semester dastehen wird. Dies würde auch die Fereienregelung der Gemeinden erleichtern, indem wie bisher weitergefahren werden kann.

2. Ist der Termin für definitive Wahlen (Art. 33a) am 1. Februar realistisch? Praktisch heisst das doch, dass Lehrerwechsel mitten in der Woche inmitten eines Quartals stattfinden. Wir sehen da den 1. Januar als Möglichkeit.

Im Namen der Sektionsmitglieder
Der Präsident: *Niels Dunkel*



«Sie können sicher sein, Herr Lehrer, wir stehen vollumfänglich hinter der Erziehung unseres Sohnes...»

(Aus: ... *und wie geht es in der Schule?* Scapa, Benteli Verlag, 3011 Bern)

Inhalt – Sommaire

Spätsommerschulbeginn 73
1 Lehrerin, 23 Lektionen, 217 Schüler 74
Dauerbrenner: Lehrerarbeitslosigkeit 74
GBG – eine vorläufige Bilanz 75
Bernischer Gymnasiallehrerverein 78
Wettbewerb «Gesundheitserziehung» 79
Schweizerische Lehrerbildungskurse SVHS 79
Christliche Kunst mit Kindern betrachten 80
Korrektur einer Kursausschreibung 80
Zum Thema: Erotik 80
33. Internationale Lehrertagung 80
Sittenbuch für junge Leute 81
Tötungsdelikt infolge Ungehorsams! 81
Chômage des enseignants 82
Les effectifs en Suisse romande et au Tessin 90
Centre de perfectionnement du corps enseignant. Avril 1986 90
Mitteilungen des Sekretariates 91

1 Lehrerin, 23 Lektionen, 217 Schüler

chj. Die Arbeitslehrerinnen der Sektion Bern-Land KVBA haben die gegenwärtige Situation im Bereich Handarbeiten/Werken textil besprochen und sind auf Fragen gestossen, die alle in diesem Fach tätigen Lehrkräfte zum Nachdenken veranlassen dürften.

War nicht voraussehbar, was die neuen Ideen im Handarbeiten/Werken für Folgen haben können?

Die Arbeitssituation einer Kollegin sieht heute so aus: 23 Lektionen an neun Klassen mit total 110 Schülerinnen. Sechs Klassen davon werden abgetauscht, total mit 107 Schülern. Somit muss diese Arbeitslehrerin im Jahr für 217 Schüler planen, einkaufen und sie unterrichten! Welche Belastung entsteht da erst bei einem Vollamt?

Auswirkungen beim Abtausch textil/nichttextil 2/3:1/3:

Dieser Wechsel verursacht einen erheblichen Zeitdruck für den Abschluss der Arbeiten, was zweimal pro Jahr zu Stressituationen für Schüler und Lehrer führt.

Sollten wir nicht für mehr Ruhe im Arbeitsrhythmus sorgen?

Zweimaliger Wechsel des Schwerpunktes führt zu grossen Niveauunterschieden, die sich im Unterricht erschwerend auswirken. Einige Schüler werden überfordert, die andern unterfordert, was unweigerlich zu Einzelunterricht führt.

Und wie ist das mit den neuen Methoden in Einklang zu bringen?

Wie lassen sich drei Wochenlektionen Handarbeiten/Werken im Stundenplan sinnvoll unterbringen?

Der 3er-Block ist für die Schüler zu lang, die 2er/1er-Teilung stundenplantechnisch schlecht realisierbar und wenig sinnvoll. Eine Lektion benötigt viel Zeit für die Organisation und die Vorbereitung, für die eigentliche Arbeit bleibt wenig übrig.

Warum abbauen, wenn nach dem Lehrplan so viele gute Ideen und Aufgaben verwirklicht werden sollen?

Ich wünsche dringend eine Überprüfung der Situation vor Ablauf der Übergangszeit, ohne dass aber dabei die gute Idee des koedukativen Unterrichts über Bord geworfen wird.

Ruth Rothenbühler
Präsidentin KVBA Bern-Land
Worblaufen

Dauerbrenner: Lehrerarbeitslosigkeit

chj. Nach wie vor beschäftigt die neue Regelung über die Zusatzlektionen amtierende Lehrkräfte, Schulkommissionen, Inspektoren und ED.

Sehr verschieden fallen die Reaktionen aus: von vorbehaltloser Zustimmung über Ja, aber . . . bis zu entrüsteter Ablehnung sind sämtliche Schattierungen vorhanden. Sicher ist, dass jede Massnahme verschiedenste Auswirkungen hat, positive und andere. Ebenso sicher ist aber auch, dass einseitiges Beharren auf wohlerworbenen Rechten oder stures Verteidigen einmal erlangter Positionen unseren stellenlosen Kolleginnen und Kollegen keineswegs weiterhilft.

Solidarität muss *eben mehr sein als Modewort und Lippenbekenntnis, mehr als ein Begriff zur Illustrierung der Schwierigkeiten eines kommunistischen Machtapparates mit seinen nicht mehr willfährigen Untertanen.*

Sicher ist auch, dass das vielzitierte «Wohl des Kindes» in erster Linie berücksichtigt werden muss, dass organisatorische Massnahmen, die teilweise weit am ursprünglichen Ziel vorbeischiessen, bekämpft werden müssen. Fragwürdig wird die Sache dort, wo das vermeintliche «Wohl des Kindes» zur Rettung anderer handfester Interessen herhalten muss.

* * *

Im «Berner Schulblatt» (Nrn. 2 und 3) sind verschiedene Beiträge zum Thema «Lehrerarbeitslosigkeit» erschienen. Hier nun weitere, zum Teil gekürzte Leserzuschriften:

Liebe Thunerkolleginnen und -kollegen

Ich finde es schlimm, dass das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit nur auf dem Rücken der amtierenden Lehrerschaft gelöst werden soll. Noch schlimmer finde ich aber, dass unter all diesen Lösungen die Schüler am meisten leiden werden. Die finanzpolitischen Massnahmen der ED und des BLV werden sich leider wie folgt auswirken:

- Das Verantwortungsgefühl des Lehrers gegenüber der Klasse nimmt ab
- Fächerübergreifender Unterricht wird verunmöglicht
- Der Lehrer wird zum reinen Stoffvermittler degradiert, soziale Aspekte werden in der Schulstube kaum noch Platz finden
- Die Resignation unter der Lehrerschaft wird rasch steigen

Mit dem Herausgeben von neuen Leitideen im Lehrplan ist es noch lange nicht getan, man sollte auch das nötige Umfeld dazu schaffen! Die Massnahmen der ED zielen aber eindeutig in die falsche Richtung! Schade, dass nicht einmal die Herren Schulinspektoren den Mut aufbringen, sich für das Wohl der Schule einzusetzen.

Mit freundlichen Grüssen

Adrian Bhend, 3257 Grossaffoltern

* * *

Lieber Sigi Amstutz,

Ihr Artikel hat uns zum Schmunzeln verleitet. Sie beschreiben in schlichten Worten unsere momentane Schulsituation.

Mit normalem Menschenverstand darf man nicht mehr denken und argumentieren. Ein Stück Seldwyla hat in unseren Schulstuben Einzug gehalten.

Kopfschütteln bleibt übrig!

Der Artikel hat unsere Befürchtungen aber auch wiefolgt bestätigt: das neu geschaffene «Recht» wird bereits in allen Anfängen durchlöchert, Spezialfälle wird es mehr geben als wir alle glauben und je einmal erfahren werden! (Oder legen unsere Schulinspektoren nach Eingang der Pensenmeldungen offen, wieviele «Sonderbewilligungen» – selbstverständlich zum Wohle des Kindes – erteilt werden mussten? Interessant wäre es jedenfalls!)

Unsere Schulkommission nämlich, hat uns Mittelstufenlehrern das «gratis» Erteilen von den sogenannten Zusatzlektionen strikte verboten...! Weil es keine Ausnahmen geben soll...!

Auch wir bleiben somit liebe, heitere und unverdrossene Primarlehrer, allerdings ohne den Staat finanziell unter die Arme zu greifen!

Ihre Einstellung zu unserem «Handwerksberuf» ist toll, verdient alle Achtung und entspringt bestimmt eines «einfach denkenden», menschlichen Erziehers!

Ob allerdings unsere rational denkenden, bürotechnischen Fachleute Ihre Zeilen verstehen werden?

Jürg Zürcher, Heinz Frei, Jürg Heusser
Primarschule Schönau/Thun

* * *

Stellungnahme der Sektion Oberemmental des BLV zur Änderung der Verordnung über die Pflichtlektionen der Lehrer

(Amtliches Schulblatt 11/85)

Die Sektion Oberemmental nimmt zu dieser Verordnung wie folgt Stellung:

Die starre Beschränkung auf das Pflichtpensum wirkt sich auf unsere Schule nachteilig aus.

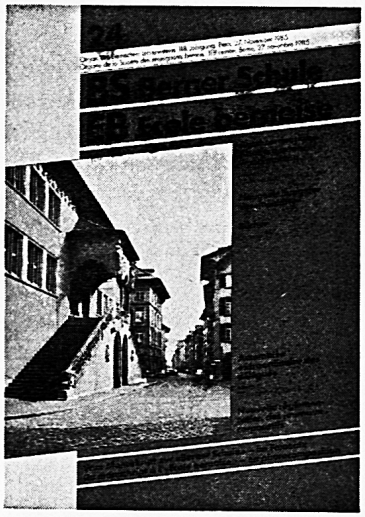
- Die oft schwierigen und in mancher Hinsicht problematischen Teilpensen werden immer gewichtiger und führen nochmals zu einer Verschlechterung unserer allgemeinen Schulsituation.
- Das Anbieten eines Teilpensums ist zudem für unsere jungen Lehrerkolleginnen und -kollegen ein recht fragwürdiger Ersatz für die Stellenlosigkeit.
- Haben Primarlehrerinnen und -lehrer ein Seminar besucht, um schrittweise zum Fachlehrer umfunktioniert zu werden?
- Der für Wahlfach- und Zusatzunterricht engagierte Lehrer ist nun gezwungen, noch mehr Lektionen, die er an seiner eigenen Klasse erteilt, abzutreten. Ist er dazu aus begreiflichen Gründen nicht bereit, muss der Teilpensenlehrer für den Zusatzunterricht einspringen. Der häufige Wechsel der Teilpensenlehrer wirkt sich im zusätzlichen Unterricht (Sammelklassen) besonders negativ aus.
- Die ED korrigiert einmal mehr eine Fehlplanung an der Basis.

Die neue Verordnung kommt für viele Lehrkräfte einem Lohnabbau gleich. Das solidarische Verhalten der Stelleninhaber wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Doch gerade diese Solidarität führt zu Ungerechtigkeiten.

Die Sektion Oberemmental erwartet vom Kantonalvorstand BLV, dass er die Interessen der ländlichen Schulen vermehrt wahrnimmt und vertritt.

Mit freundlichen Grüssen
i.A. des Vorstandes: *Roland Santschi*

(An der ausserordentlichen Sektionsversammlung vom 7. Februar 1986 verabschiedet.)



NEU!

Ab
April 1986

BS «BERNER SCHULE»
EB «ÉCOLE BERNOISE»

– mit günstigen Kleininseraten

(Formular im «Berner Schulblatt»
Nummer 5+6/86)

GBG – eine vorläufige Bilanz

Rede des Kommissionspräsidenten GBG und Lehrerkollegen Rolf Schneider anlässlich der a. o. Delegiertenversammlung von Ende November 1985 im Berner Rathaus.

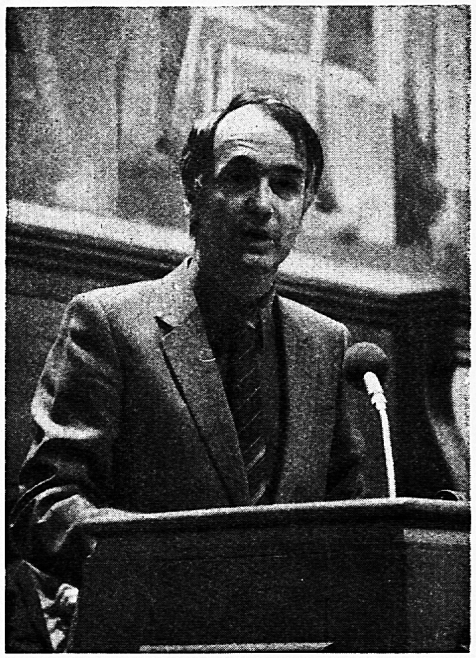
Die Grundsätze zur Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung sind jetzt verankert: am 9. September 1985 hat der Grosse Rat den entsprechenden Beschluss mit 117:62 Stimmen gutgeheissen, womit ein grosses Unterfangen zu einem guten Ende gekommen ist.

Sie erinnern sich: Direkter Anlass zu diesem Riesenwerk gab eine Kommissionsmotion von Erich Studer im Mai 1979, die im Mai 1980 zu einem entsprechenden Auftrag des GR an den Regierungsrat führte. Aus umfassenden Vorarbeiten sämtlicher Bildungsstufen unter der Leitung von Dr. h. c. Max Keller resultierten dann das berühmt gewordene Blaubuch und schliesslich die Anträge an den GR vom Mai 1984. Dieser hat im September 1984 eine 29köpfige vorberatende Kommission eingesetzt. In 11 Sitzungen, drei davon ganztägig, eine zweitägig, ist dann die regierungsrätliche Vorlage bearbeitet und in grossen Teilen völlig umgestaltet worden, so dass sie schliesslich deutlich durch den Willen der Kommission geprägt war. 220 Seiten Protokoll dokumentieren die äusserst ernsthafte Arbeit der Kommission, in jeder Phase in ausgezeichneter Weise durch die ED unterstützt.

Es folgte die Debatte im GR, umständehalber zweigeteilt: der erste Teil vom 21. bis 23. Mai dieses Jahres ging mit dem denkwürdigen Modellentscheid zuende, als der GR sich mit 93:80 Stimmen für das verbesserte Modell 4/5 entschied. Die Kommis-

sion hatte mit 15:13 Stimmen Modell 6/3 empfohlen. Die Fortsetzung der Debatte fand dann vom 4. bis 9. September statt.

Gesamthaft dauerten die Beratungen im GR rund vier Tage; dabei wurden 353 Voten abgegeben. Und obschon im Rat über 100 Abänderungsanträge zur Diskussion standen, blieb die Kommissionsvorlage doch im wesentlichen erhalten.



Das Resultat der Beratungen ist Ihnen bekannt. Am 2. November 1985 wurde der Beschluss im Amtsblatt publiziert, ebenso in Nr. 13 des Amtlichen Schulblatts vom 31. Oktober 1985. Trotzdem möchte ich einige wichtige Punkte herausgreifen:

Grundsätze zur Volksschule

Ganz wichtig ist hier die verankerte *bessere Durchlässigkeit* zwischen Realschule und Sekundarschule. Das kommt zum Ausdruck

- im gleichen Pflichtfächerkatalog
- in der gleichen Lektionentafel
- im weitgehend gleichen Kernprogramm der beiden Schultypen.

Zudem ist der Wechsel durch besondere unterrichtliche Massnahmen zu erleichtern.

Dazu wurde vom Rat noch folgende Bestimmung neu aufgenommen: «Breit angebotene Förderkurse bilden die Voraussetzungen zur Realisierung der angestrebten Durchlässigkeit.»

Die verbesserte Durchlässigkeit soll dazu führen, dass der Übertritt vom einen zum andern Schultyp nach jedem Schuljahr möglich bleibt. Nach dem fünften Schuljahr soll er sogar in die sechste Klasse möglich sein, bekanntlich ein entscheidendes Element des Modells 4/5 +. Ein Antrag, diese feste Vorgabe in den Grundsätzen noch offen zu lassen, unterlag mit 76:49 Stimmen. *Wir sind uns bewusst, dass die geforderte Durchlässigkeit in der Praxis nicht leicht zu verwirklichen sein wird.* Jedenfalls wird siesehr grosse Anforderungen an die Lehrkräfte stellen!

Übertrittsverfahren von der Primarstufe zur Sekundarstufe

Nach den Grundsätzen soll «ein für den ganzen Kanton einheitlich gestaltetes Verfahren» den Übertritt regeln. Die heutige Vielfalt der praktizierten Übertrittsverfahren soll damit glücklicherweise ein Ende finden.

Wie wird dieses einheitliche Verfahren aussehen?

Darüber sagt die Vorlage nichts. Im Rat wurde ein Antrag diskutiert, wonach der Zuweisungsentscheid neben den Eignungsabklärungen grundsätzlich auf einer Prüfung für alle Kinder zu beruhen habe. Er wurde schliesslich mit 64:49 Stimmen abgelehnt. Man möchte in der jetzigen Phase offensichtlich noch nichts präjudizieren. Es bedeutet aber nicht, dass der Rat keine Prüfung will.

Es heisst dann weiter:

«Der Zuweisungsentscheid wird durch die Lehrer der vorbereitenden und der weiterführenden Schulen sowie durch die Schulbehörden gemeinsam getroffen.» Das ist ebenfalls anders als heute. Mit dieser Bestimmung wird die Mitsprache der Primarlehrer und Primarschulbehörden entscheidend gestärkt.

Eine Bemerkung noch zur *Übertrittsquote:*

Bekanntlich hatte hier die Kommission für die Aufnahme in die Sekundarschule einen Richtwert von 40 % vorgeschlagen, was weitherum Aufsehen erregte. Dieser Richtwert wurde aber in einer zuerst angezweifelten und darum wiederholten Abstimmung mit 75:67 Stimmen gestrichen.

Vergessen wir aber nicht, dass folgende Bestimmung unbestritten stehen blieb:

«Entsprechend der verschiedenen Zielsetzungen der Real- und der Sekundarschule ist dafür zu sorgen, dass ein sinnvolles Verhältnis der Schüleranteile in den beiden Schultypen erreicht wird. Bei Sekundarschulen, die einen sehr hohen oder einen sehr tiefen Anteil an Schülern aufnehmen, ist eine stufenweise Anpassung der Aufnahmen anzustreben.»

Trotz der Streichung der Richtwerte wird damit ein deutliches Zeichen gesetzt um eine – wie es uns scheint – für beide Schultypen schädliche Entwicklung zu stoppen. (Es könnte durchaus sein, dass den Sekundarschulinspektoren bereits mit diesem Grundsatz in willkommener Weise der Rücken gestärkt worden ist!)

Grundsätze zum Gymnasium

Klar und deutlich wird hier festgehalten:

«Das Gymnasium schliesst an die Volksschule an. Es dauert mindestens 3 ½ Jahre.»

Dabei galt die Meinung, dass das Gymnasium nach dem Herbstschulbeginn vier Jahre dauern soll.

Heiss umstritten war die *Vorbereitung auf das Gymnasium.* Grundsätzlich sollen zwei Formen möglich sein:

- «Gruppen, für die an einer Sekundarschule Zusatz- und Niveauunterricht angeboten wird.»
- «Spezielle Klassen ab 7. Schuljahr an einer Sekundarschule oder an einem Gymnasium.»

Viele wollten von speziellen Klassen an einem Gymnasium nichts mehr wissen. Die Vorbereitung sollte ausschliesslich durch Sekundarschulen vorgenommen werden.

Eine grosse Mehrheit des Rates ist glücklicherweise nicht gefolgt. Damit bleiben auch die ungebrochenen Gymnasien – heute 6 ½, später 7 Jahre – möglich.

Das UG wird nicht abgeschafft! Aber es dauert nicht mehr zwei Jahre, sondern drei. Das zweijährige Berner UG wird anders organisiert werden müssen!

Beschlossen ist auch, dass beim Übertritt ins Gymnasium für alle Schüler, unabhängig von der Vorbereitung, neben der Empfehlung der vorbereitenden Schule, eine Prüfung verlangt werden soll. Dieses Prinzip soll später generell für den Übertritt in die Mittelschulen, auch für die Seminare, gelten. Man will betonen, dass für alle Schüler eben die gleichen Anforderungen gelten sollen. Heute gelten doch sehr unterschiedliche Bedingungen, einmal je nach Sekundarschule, und dann je nachdem, ob ein Schüler vom UG kommt oder nicht.

Der *Grundsatz der Prüfung für alle* war in der Kommission und im Rat umstritten: die Kommission stimmte mit 15:10 zu, im Rat die deutliche Mehrheit.

Bemerkenswert ist noch, dass im Rat der Antrag unbestritten blieb, wonach für Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung die Möglichkeit zu schaffen sei, auf dem zweiten Bildungsweg ein öffentliches Gymnasium zu besuchen.

Grundsätze der Universität

Hier fällt bereits der umfangreiche Aufgabenkatalog auf. So wird festgehalten, die Universität habe auch

- Dienstleistungen anzubieten, sofern diese wissenschaftlich begründet sind.

Die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses – heute vernachlässigt – wird ausdrücklich in den Aufgabenkatalog aufgenommen.

Ein Zeichen der Zeit ist der ausdrückliche Hinweis, die wissenschaftliche Arbeit sei mit Rücksicht auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt zu gestalten, und die Universität habe sich selbst, ihre Zielsetzungen, ihre Arbeitsweise und die Ergebnisse ihrer Arbeit kritisch zu beurteilen.

Um einem heute noch empfundenen Mangel abzuhelfen, soll die Universität auch verpflichtet werden, Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen und die Öffentlichkeit mit ihrer Arbeit bekanntzumachen.

Zu reden gaben auch Organisationsfragen der Universität.

Umstritten war hier die *Gestaltung der Mitwirkung für die Universitätsangehörigen.* Diese sollen sich grundsätzlich an den universitären Entscheidungsprozessen beteiligen können. Ein Antrag, das Wort «grundsätzlich» zu streichen, unterlag. Damit sollte klar gemacht werden, dass diese Beteiligung kein unbedingtes, in jedem Fall geltendes Recht sein soll.

Es heisst dann weiter: «Den Dozenten steht der ausschlaggebende Einfluss zu.» Obschon zu diesem Satz gleich mehrere Streichungsanträge vorlagen, wurde er vom Rat mit grosser Mehrheit bestätigt.

Selbstverständlich hatte auch ein weitergehender Antrag – drittelsparitätische Beteiligung der universitären Organe – keine Chance.

An der Universität soll der Dienst an der Wissenschaft im Vordergrund stehen. Lähmende Mitentscheidungsbetriebsamkeit nach ausländischem Vorbild ist daher zu vermeiden. Das war jedenfalls die Meinung der Ratsmehrheit.

Viel Diskussionsstoff bot auch der Abschnitt «Studium an der Universität». Hier stand die Regelung der Zulassung im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Dass neben dem Maturitätszeugnis auch die Anerkennung anderer gleichwertiger Vorbildungen möglich sein solle, war allgemein anerkannt. (Mit der Zulassung der Primarlehrer ist ja diesem Grundsatz bereits Rechnung getragen worden!)

Ein weitergehender Antrag: «Die Anerkennung anderer Vorbildungen wie Seminarien, Techniken, Berufslehren usw. ist zu ermöglichen» wurde dagegen abgelehnt.

Und schliesslich zur viel zitierten, kommentierten und auch missverstandenen Bestimmung:

«Ist die Aufrechterhaltung ordnungsgemässer Studien mit anderen Mitteln nicht mehr möglich, kann die Zulassung zur Universität beschränkt werden.» *Ist das nun tatsächlich der Durchbruch zum «Numerus clausus» an der Universität Bern?*

Wer genau liest, merkt, dass das sicher nicht der Fall ist. Die vorliegende Formulierung, um die in der Kommission hart gerungen wurde, macht doch bloss eines deutlich:

Eine Zulassungsbeschränkung soll nur im äussersten Fall möglich sein, und zwar zeitlich befristet und nur für einzelne überlastete Bereiche.

Wegleitend war bei diesem mit 84:53 Stimmen erstaunlich deutlich gefassten Entschluss einzig die begründete Sorge um die Erhaltung der Studienqualität. Das müssten die unterlegenen Gegner dieser Regelung und die unzufriedenen Kommentatoren eigentlich anerkennen.

Grundsätze der Erwachsenenbildung

«Im Kanton Bern wird ein dichtes und regional koordiniertes Netz von Erwachsenenbildungsträgern mit einem vielseitigen Angebot von Kursen und weiteren Bildungsveranstaltungen angestrebt», heisst es in den Grundsätzen.

Damit wird der Stellenwert der Erwachsenenbildung deutlich erhöht. Der Staat soll aber nur subsidiär wirken und nur in Ausnahmefällen mit eigenen Bildungsangeboten auftreten.

Die zwingende Formulierung: «Der Staat sorgt dafür, dass ein dichtes Netz... entsteht.» wurde vom Rat abgelehnt.

Die Träger der Veranstaltungen haben auch parteipolitisch, konfessionell und wirtschaftlich unabhängig zu sein. Der Antrag auf Streichung der ersten zwei Erfordernisse wurde abgelehnt.

Wie geht es jetzt weiter?
Was sollen die Grundsätze bewirken?

Mit der Verabschiedung der Grundsätze stehen jetzt die Richtlinien für die Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung fest. Und genau entsprechend dieser vom GR festgelegten Richtlinien werden jetzt, eines ums andere, die einzelnen Gesetze erneuert oder neu geschaffen:

- das Kindergartengesetz entspricht bereits den Grundsätzen.
- beim neuen Gesetz über die Diplommittelschulen – in erster Lesung eben verabschiedet – hat man darauf geachtet, dass es genau mit den Grundsätzen übereinstimmt. So hat man zum Beispiel in der vorberatenden Kommission noch den Passus aufgenommen: «Die

Durchlässigkeit aus Bildungsgängen der Sekundarstufe II ist zu gewährleisten.»

- bis Mitte 1988, so schreiben es die Grundsätze vor, ist nun das neue Volksschulgesetz (als Ersatz für das Gesetz über die Primarschule und das Gesetz über die Mittelschule) zu schaffen. Wie man hört, wird daran tatsächlich auch bereits intensiv gearbeitet.
- später – oder vielleicht sogar gleichzeitig – folgen die Erneuerung des Universitätsgesetzes und die neuen Gesetze über das Gymnasium und über die Erwachsenenbildung.

Verwaltung und Regierungsrat sind bei der Erarbeitung dieser Gesetze verpflichtet, den verabschiedeten Grundsätzen zu folgen. Der GR als gesetzgebende Behörde wird später allerdings in seinen Entscheiden wieder frei sein.

Das mindert den Wert dieser Grundsätze in keiner Weise herab. Sie sind unentbehrlich als Wegweiser für ED und Regierung, getestet an den Mehrheitsmeinungen der Volksvertreter. Und sie sind unbedingt erforderlich als Gesamtschau des bernischen Bildungswesens. Wer später wesentliche Änderungen vornehmen will, wird sich immer um deren Auswirkungen auf die andern Bereiche kümmern müssen.

Wie kommt es denn, dass Kritiker trotz der unbestrittenen Bedeutung der Grundsätze von «totaler Pleite» sprachen oder bemerkten: «Ausser Spesen nichts gewesen!»?

Es ist die verständliche Stimme der Enttäuschten, die Stimme derjenigen, denen die Reformen zu wenig weit gehen, die finden, eine Chance sei vertan worden. Die Grundsätze spiegeln einfach die Meinung der Mehrheit im GR, und bis zum Beweis des Gegenteils ist anzunehmen, dass dies auch die Mehrheit des Volkes ist. Die beiden jetzt lancierten Volksinitiativen werden ja nun Gelegenheit bieten, diese Volksmeinung zu testen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Bemerkungen machen:

Zur Initiative 1: Sie entspricht weitgehend dem von der Kommission beantragten Modell 6/3. «Die 5. und 6. Klasse werden in der Regel als Beobachtungsstufe geführt.»

In der Kommissionsvorlage heisst es: «Im 5. und 6. Schuljahr sind geeignete Massnahmen zur inneren Differenzierung zu treffen. Die Bildung von Niveaugruppen ist zu ermöglichen.»

Die Kommissionsvorlage fasste wohl einzig präziser, was mit Beobachtungsstufe gemeint ist, ist aber dem Sinne nach mit dem Initiativtext identisch.

Initiative 2: «Die Klassen der Sekundarstufe I werden kooperativ an gemeinsamen Standorten geführt. Die Gemeinden beziehungsweise Schulgemeinden können eine engere Zusammenführung der Oberstufenklassen beschliessen, kleine Schulen in abgelegenen Gebieten sind möglichst zu erhalten.»

Was ist anders als in den beschlossenen Grundsätzen?

Die Initiative zwingt zur kooperativen Führung an gemeinsamen Standorten. Das ist aber auch der einzige Unterschied. Die Grundsätze sagen nämlich klar:

«Die Organisationsform und die Zusammenarbeit der Schulen beziehungsweise Klassen werden von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden je nach örtlichen beziehungsweise regionalen Gegebenheiten festgelegt.»

Die Gemeinden können also auch nach den Grundsätzen eine engere Zusammenführung der Oberstufenklassen beschliessen, eine Zusammenführung, die sehr wohl auch zum Modell Manuel oder Twann werden könnte! Sie sind aber dazu nicht verpflichtet.

Bei der Verschiedenheit der Verhältnisse im Kanton Bern scheint uns diese anpassungsfähige Lösung eben die bessere zu sein.

Aber ich möchte es betonen: die enge Kooperation, auch organisatorisch, zwischen den beiden Schultypen der Sekundarstufe I wird auch mit den beschlossenen Grundsätzen möglich.

Ich bin froh, dass ich dies hier nochmals festhalten konnte. Und gerade das macht doch bereits deutlich, dass das Reformmodell, wie es vom GR beschlossen wurde, sehr wohl Gewichtiges in Bewegung bringen kann.

Schon deshalb ist es einfach nicht angezeigt, von der vielzitierten Maus zu sprechen...

Ich bin überzeugt, dass der Grossratsbeschluss über die Grundsätze den richtigen Weg aufzeigt zu einer nötigen, aber massvollen Reform unseres bernischen Bildungswesens – im Interesse und zum Wohle unserer Jugend.

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Mitteilungen aus dem Vorstand

Der Vorstand nahm in seiner Sitzung vom 20. Januar Kenntnis von den EDK Schülerprognosen 1984 bis 1994 und verabschiedete ein Schreiben zuhanden der Rektoren der öffentlichen Gymnasien im Kanton Bern zu Gunsten der *Anpassung der Schülerbestände an den Gymnasien an die neuen Richtlinien (1985) der kantonalen Erziehungsdirektion.* (Keine neuen Klassen mit 22 und mehr Schülern!)

Zweitens verabschiedete er seine unter Mithilfe der betroffenen Fachschaften erarbeitete Stellungnahme zur zweiten *Vernehmlassung zu den Prüfungs- und Übertrittspensen Sekundarschule – höhere Mittelschulen.*

Als drittes und wichtigstes Traktandum beriet der Vorstand die *Vernehmlassungsunterlagen zur Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer.* Befürchtungen, dass im Grossen Rat ein Antrag auf eine nur dreijährige Oberstufe des Gymnasiums durchdringen könnte, führten angesichts der derzeitigen Lage (GBG Entscheide) zum *einstimmigen* Beschluss auf Zustimmung zur von der Erziehungsdirektion vorgeschlagenen Lösung (Modell 9+4). Für die Übergangsjahrgänge – Oberprimen 1988 bis 1991 befürwortet der Vorstand als Maturitätstermin August/September und damit wie bei den Berufsschülern keine Verlängerung. Zudem fordert er, dass der Beschäftigungsgrad des Jahres 1987/88 auf die Übergangsjahre 1988/89 bis 1992/93 bezogen und vollumfänglich garantiert wird sowohl für die definitiv wie auch für die provisorisch gewählten Kolleginnen und Kollegen.

Personelles: Die sechsjährige (und nach BLV Statuten einmalige) Amtszeit unserer Vertreters im **Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins** läuft auf Ende Juli 1986 aus. Der Vorstand hat bis zur nächsten Sitzung zuhanden der Abgeordnetenversammlung **eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger** zu nominieren. Voraussetzung: Interesse an schulpolitischen und besonders

auch gewerkschaftlichen Fragen, Mitarbeit im KV des BLV (10 Sitzungen und 1 bis 2 Abgeordnetenversammlungen pro Jahr) und Zusammenarbeit mit dem BGV Vorstand (4 bis 6 Sitzungen und 1 DV pro Jahr). Interessenten melden sich bitte beim Präsidenten des BGV bis spätestens Dienstag, den 4. März 1986 (Telefon 032 25 70 44).

Nächste Sitzung des Vorstandes: Donnerstag, 6. März 1986.

Der Präsident des BGV:
Dr. Arthur Reber

Wettbewerb «Gesundheitserziehung»

Einladung zur Preisverleihung

chj. Gemeinsam mit der Ärztegesellschaft des Kantons Bern, die zu ihrem 175jährigen Bestehen eine Preissumme von 10000 Franken zur Verfügung gestellt hatte, übernahmen das Amt für Unterrichtsforschung und der BLV das Patronat über einen Wettbewerb zum Thema «Gesundheitserziehung».

Ende Dezember wurden die Arbeiten abgegeben. Zahlenmässig fiel die Beteiligung gering aus. Erfreulich war hingegen die Vielfalt bezüglich unterrichtlicher und gestalterischer Form. Das Ziel der Initianten ist in dem Sinn erreicht, dass Wege und Mittel gezeigt werden, wie die Gesundheitserziehung fächerübergreifend unterrichtet werden kann.

Die Jury hat die Preise vergeben und lädt zur Preisverleihungsfeier und zur Eröffnung der kleinen Ausstellung ein:

Freitag, 28. Februar 1986, 16 Uhr, im Grossen Saal (2. UG) der Schulwarte, Helvetiaplatz, Bern.

Ausstellung zu den normalen Öffnungszeiten bis zum 14. März 1986.

1986 · 1986 · 1986 · 1986
Sommer · Sommer · Sommer
Biel · Biel · Biel · Biel

Schweizerische Lehrerbildungskurse SVHS

7.–25. Juli 1986 in Biel

Der Anmeldeschluss rückt näher!

Am 15. März läuft die Anmeldefrist für die 210 Kurse ab. Bisher haben sich über 1800 Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Schweiz zu einer Kurswoche im Seeland entschlossen.

Einige Kurse sind schon überbelegt, bei den meisten aber sind noch Plätze offen.

Ist ein Kursplatz noch Dein Kursplatz?

Kursprogramme sind erhältlich bei der Anmeldestelle: Sekretariat SVHS, Erzenbergstrasse 54, 4410 Liestal, Telefon 061 94 27 84

Im Programmheft LFB Bern bitte auch die Seiten 16/17 beachten!

KS BLV

Einige Kurshinweise

Kurs 21.3.3
Informationskurs «Werkstatt»
11. und 14. Juni 1986 in Bolligen

Entgegen der Stufenbezeichnung im Programmheft LFB: der Kurs ist auch für Kolleginnen und Kollegen der Unterstufe offen!

Wer sich vorher informieren will: Schulpraxis «Werkstatt-Unterricht» vom Juni 1983 wird auch als Arbeitsunterlage im Kurs dienen.

Kurs 21.1.32
Ausbildungskurs Integrative Pädagogik
Erster Kursteil: 1. bis 5. April 1986 im Kemmeribodenbad

Bei der Anmeldestelle – Kurssekretariat BLV, Postfach 3029, 3000 Bern 7 – ist eine ausführlichere Kursbeschreibung beziehbar. Anmeldeschluss: 10. März 1986.

Kurs 21.7.19
Dramatisieren mit jüngern Kindern
1. bis 3. April 1986

Im Moment sind noch einige wenige Plätze offen. Nachmeldungen bitte umgehend an das Kurssekretariat BLV, Postfach 3029, 3000 Bern 7.

Kurse 21.8.42–44
Englischkurse in Burgdorf
1. bis 4. April 1986 in Burgdorf

Kursklassenaufteilung: sehr gute, gute und mittlere Englischvorkenntnisse.

Im Moment sind noch einige wenige Plätze frei. Nachmeldungen bitte umgehend an das Kurssekretariat BLV, Postfach 3029, 3000 Bern 7, wo auch eine ausführlichere Kursbeschreibung erhältlich ist.

Kurs 21.10.36

Wirtschafts- und berufskundliche Informations- und Kontakttage

In den Frühlingsferien 1986 werden folgende drei Tage angeboten:

Dienstag, 25. März 1986
Kambly AG, Biscuitfabrik, Trubschachen
Beispiel eines Industriebetriebes in einer wirtschaftlichen Randregion

Donnerstag, 3. April 1986
Hasler AG, Bern
Einblick in den grössten Industriebetrieb der Region und in die Entwicklungen und Möglichkeiten der Kommunikationstechnik

Donnerstag, 10. April 1986

Mövenpick AG, Bern

Die Philosophie dieses Gastbetriebes am Beispiel eines Restaurants Region Bern, eines Nationalstrassenbetriebes und des neuen Konferenzhotels Egerkingen

Bei der Anmeldestelle sind ausführlichere Beschreibungen beziehbar. Bitte bei der Anmeldung – bis spätestens 5. März 1986 an das Kurssekretariat BLV, Postfach 3029, 3000 Bern 7 – angeben, welchen Tag, welche Tage man mitzumachen wünscht.

Kurssekretariat BLV

Christliche Kunst mit Kindern betrachten

Studiennachmittag
der Vereinigten Bibelgruppen
in Schule, Universität, Beruf (VBG)
für Lehrkräfte, Katecheten, Oberseminaristen
und weitere Interessenten

Samstag, 1. März 1986, 14 bis 18 Uhr,
Seminar Muristalden, Muristrasse 8, 3006 Bern

Referent: Walter Gasser, Niedergösgen, ehemaliger Sekundarlehrer, Sekretär VBG

Bilder bilden – sie bilden das Herz. Der Bilderflut (Fernsehen, Reklame) können wir das Verweilen vor *einem* Bild entgegensetzen. Das führt Kinder zur Ruhe, zur Sammlung.

Die vielen negativen Bilder unserer Zeit werden nicht nur durch verarbeitendes Gespräch, sondern vor allem durch «heilende» Bilder überwunden. Jeder Lehrer, dem Menschen-bild-ung am Herzen liegt, wird daher dankbar zu Bildern greifen, die Gottes Heil in Gestalt und Farben verkünden.

Aus dem Programm

Referat, Bildbetrachtung, Erfahrungsberichte, Visionierung, Gespräch

Tagungsbeitrag Fr. 15.–

Auskunft und Anmeldung (bis 25. Februar 1986): Käthi Wyttenbach, Brunnadernstrasse 9, 3006 Bern (Telefon 031 44 02 16)

Korrektur einer Kursausschreibung

Kurs 21.15.82 ist nicht ein Fortbildungskurs Werken: Karton, Papier, sondern ein Fortbildungskurs Werken: *Holzarbeiten.*

Zentralstelle für Lehrerfortbildung

Zum Thema: Erotik

Eine Ausstellung aus den Beständen der Graphischen Sammlung, 18. Februar bis 6. April 1986, Kunstmuseum Bern

Eine Graphische Sammlung mit insgesamt etwa 40000 Zeichnungen, Aquarellen und druckgraphischen Blättern ist nicht nur eine Fundgrube von Meisterwerken erster «Qualität». Bedeutendes aus verschiedenen Jahrhunderten und Stilrichtungen findet sich bunt durcheinandergewürfelt neben Zweitrangigem und vielem Nebensächlichen.

Es ist nicht ganz falsch, wenn behauptet wird, es gäbe überhaupt nur zwei Bildgattungen, die klassenlos, über alle gesellschaftlichen Schranken und Regelungen hinweg ihre Liebhaber und Sammler fänden: den Kitsch und die Pornographie.

Das Thema «Erotik»

Von der obigen Behauptung einmal abgesehen: Welches Thema ist so zeitlos und trifft so mitten ins Zentrum sinnlich visueller Kommunikation wie das erotische Bildmotiv? Jede Epoche, auch die prüdeste, nimmt dazu Stellung. Es gibt die unterschiedlichsten Blickwinkel, unter denen Künstler sich mit dem Thema «Erotik» auseinandersetzen, sie spiegeln nicht nur die jeweiligen Vorstellungen eines einzelnen Individuums. In den verschiedenen Perspektiven kommen auch alle die Aspekte zum Vorschein, unter denen sich eine jeweilige geschichtliche Epoche und deren führende Gesellschaft moralisierend oder enttabuisiert, idealistisch oder anklagend mit dem Eros auseinandersetzt.

Für die Ausstellung haben wir zunächst die gesamte Graphische Sammlung nach erotischen Motiven durchgekämmt. In einem zweiten Schritt haben wir versucht, Ordnung in den Berg von Blättern zu bringen. Das Prinzip der Ordnung waren die Motive; wie gesagt unabhängig von den Fragen nach «Qualität», Stil oder Epoche. Die Themengruppen ergaben sich daher wie von selbst. Die Bilder lieferten Titel für die thematischen Unterteilungen.

In einem Jahrhundert kostümiert sich die Freude am Eros im Gewand mythologischer Inszenierung (nach dem Motto: jegliche Ähnlichkeit mit lebenden Personen ist ausgeschlossen). Einer anderen Epoche können dagegen die erotischen Darstellungen gar nicht realistisch genug sein. Lüsternheit kann sich gelegentlich hinter dem erhobenen Zeigefinger christlicher Moral verstekken oder streng moralische Gesinnung hinter einem brutal realistisch dargestellten Motiv.

Es gibt hier für den vorurteilslosen Betrachter viel zu beobachten und unter verändertem Blickwinkel neu zu entdecken und zu erleben. Die ungeahnten Verwandtschaftsverhältnisse zwischen Blättern aus verschiedenen Jahrhunderten und unterschiedlichsten Stilrichtungen ist nur eines der reizvollen Elemente einer solchen Zusammenstellung.

Jürgen Glaesemer
(gekürzte Fassung)

33. Internationale Lehrertagung

13. bis 19. Juli 1986,
Reformierte Heimstätte, Gwatt am Thunersee

Thema: Kommunikation als Zuwendung – eine aktuelle Aufgabe der Schule

Vorträge, Diskussionsgruppen, Arbeitskurse (Theater, Tanz, Figuren- und Rollenspiel)

Tagungssprachen: Deutsch und Französisch (Simultanübersetzung)

Anmeldung und Auskunft: Sekretariat des Schweizerischen Lehrervereins, Ringstrasse 54, 8057 Zürich (Telefon 01 311 83 03, Frau M. Geiger).

Johann Peter Goit
(Archidiakonus und Professor zu Schweinfurt)

Sittenbuch für junge Leute

Gegen Lehrer und Vorgesetzte

Hüte dich, mein Kind, dich jemals gegen deine Lehrer und Vorgesetzte widerspenstig zu beweisen, sie auszuspotten, oder ihre Arbeit ihnen durch Muthwillen und Faulheit sauer zu machen, und das zu unterlassen, was sie dir befehlen.

Du sollst, was Lehrer dir gebieten,
Dich jemals zu vergessen hüten.

Gewöhne dich zu einem augenblicklichen und pünktlichen Gehorsam gegen deine Lehrer und Vorgesetzte: Das wird dir alle Geschäfte leicht, dich zufrieden, brauchbar für die Muße und glücklich machen.

Beschwere dich nie öffentlich gegen deine Lehrer und Vorgesetzte, als ob dir von ihnen zu viel oder großes Unrecht geschehen sen: Denke vielmehr, dass du vielleicht schon oft Strafe verdient habest und ungestraft durchgekommen senst. Bei beständigem Fleiße und untadelhafter Aufführung wird dir selten, oder wohl nie Unrecht geschehen.

Rede nie verächtlich von deinen Lehrern und Vorgesetzten, und laß dich von bösen Buben nie bereden oder verleiten, das Ansehen solcher Männer, die sich um dich durch Lehre und Erziehung verdient machen, herabzusetzen und ihre Personen vor den Augen und Ohren anderer Menschen lächerlich zu machen.

Zeige dich bereitwillig zu allen Diensten und Verrichtungen, die deine Lehrer und Vorgesetzte auf eine billige Weise von dir erwarten oder fordern können.

Kannst du deinen Lehrern und Vorgesetzten in irgendeiner Sache zu Gefallen senn und Freude machen, so versäume keine Gelegenheit dazu, sondern suche sie vielmehr begierig auf.

Auch gegen harte und mürrische Lehrer sen gehorsam und ehrerbietig; du gewinnst dadurch ihr Herz und ihre Liebe leichter, als durch Trotz und Widersetzlichkeit.

Gegen Schulkameraden

Dein Hauptgesetz, mein Sohn, im Umgange mit deinen Schulkameraden sen: Liebe sie alle, wie deine Brüder. Thue keinem mit Wissen und Willen etwas zu leid, und mache dich durch Grobheit, Spötterei, Feindseligkeit und Missgunst nicht verächtlich: denn Schulfeindschaft dauert gemeiniglich zeitlebens.

Sen jedem deiner Mitschüler zu allen Gefälligkeiten, die nicht gegen Gewissen und gute Sitten laufen, bereit, und suche jede Gelegenheit auf, dich bei ihnen in Liebe und Achtung zu setzen: denn Schulfreundschaft dauert gemeiniglich zeitlebens.

Sen nicht hochmütig, und erhebe dich nicht über deine Mitschüler, wenn du auch offenbare Vorzüge vor ihnen besitzest, denn das macht dich verhaßt.

Richte dich in allen Stücken nach den Schulgesetzen und erscheine immer zu rechter Zeit in der Schule. Bist du gehindert, so laß deinem Lehrer die Ursache deines Aussenbleibens anzeigen und dich dießfalls entschuldigen.

Sprich immer die Wahrheit gegen deine Lehrer und Vorgesetzte, wenn du von ihnen um irgend eine Sache befragt wirst, und scheue deßwegen auch den Verdruß und den Unwillen deiner Mitschüler und Kameraden nicht: denn sonst machst du dich fremder Sünden theilhaftig.

Begegne deinen Lehrern und Vorgesetzten, sollten sie auch merkliche Fehler an sich haben, oder dir, nach deiner Einbildung, Unrecht thun, immer ehrerbietig mit Gebärden und Worten, und führe dich so gegen sie auf, als ob du deine Eltern oder Gott selbst vor dir hättest.

aus: texte deutsch | GY 5 (Westermann)

Tötungsdelikt infolge Ungehorsams!

Aktennotiz

Im Kinderanfall einer Stadtgemeinde ist eine dortig wohnhafte, noch unbeschuldete Minderjährige namens R. aktenkundig, welche durch eine unübliche Kopfbedeckung in roter Farbe erkannt werden kann. Der Mutter dieser Minderjährigen wurde seitens von deren Mutter eine Mitteilung zustellig gemacht, mit welcher dieselbe Bekanntmachung ihrer Krankheit und Pflegebedürftigkeit vornahm, worauf die Mutter der R. dieser die Auflage machte, der sozialmässig Bedürftigen eine Sendung von Nahrungs- und Genussmitteln zu Genesungszwecken persönlich zuzustellen.

Vor ihrer Inmarschsetzung wurde die R. seitens ihrer Mutter über das Verbot betreffs Verlassen der Waldwege auf Kreisebene belehrt. Dieselbe machte sich infolge Nichtbeachtung dieser Vorschrift straffällig, indem sie auf Grund einer Begegnung mit einem polizeilich nicht gemeldeten Wolf ohne festen Wohnsitz sowie infolge Irreführung und arglistiger Täuschung durch den Letztgenannten das amtliche Blumenpflückverbot

übertrat. Dieser hatte zudem in gesetzeswidriger Anmassung Einsichtnahme in das zu Transportzwecken von Konsumgütern dienende Korbbehältnis verlangt und in Tötungsabsicht die Feststellung erwirkt, dass die R. zu ihrer verschwägerten und verwandten, im Baumbestand angemieteten Grossmutter eilend war.

Da seitens des Wolfes Verknappungen auf dem Ernährungssektor vorherrschend waren, fasste er den Beschluss, bei der Grossmutter der R. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vorsprachig zu werden. Weil dieselbe wegen Unpässlichkeit die Türöffnung nicht selbst vornehmen konnte, gelang dem in Fressvorbereitung befindlichen Untier die diesfallsige Täuschungsabsicht, worauf es unter Verschlingung der Bettlägrigen einen Mundraub zur Durchführung brachte.

Sodann täuschte das Tier bei der später am Tatort eintreffenden R. seine Identität mit der Grossmutter vor, stellte ersterer nach und stellte in der Folge durch Zweitverschlingung der R. seinen Tötungsvorsatz nach längerer irreführender Gesprächsführung erneut unter Beweis

Der sich auf einem Dienstgang befindliche und im Forstwesen zuständige Waldbeamte B. vernahm Schnarchgeräusche und stellte auf Grund einer persönlichen Inaugenscheinnahme deren Urheberschaft seitens des Tiermauls fest. Seine Erstabsicht, den Urheber besagter Geräusche durch Schussabgabe unschädlich zu machen, gab er auf Grund gründlicher Erwägung bezüglich möglicherweise in demselben befindlichen Menschenmaterials unter Bevorzugung einer anderen Untersuchungsmethode auf und öffnete zwecks diesbezüglicher Feststellung unter Zuhilfenahme eines Schneidewerkzeugs den Bauch des potentiellen Delinquenten, worauf er hierbei auf die noch lebhafte R. nebst deren Grossmutter stiess.

Durch die unverhoffte Wiederbelebung bemächtigte sich beider Personen ein gesteigertes Lebensgefühl. Durch diese Raubtiervernichtungsaktion wurde der durch Mundraub und Menschenverschlingung mittlerweile nachweisbar straffällig Gewordene ablebig gemacht.

Der Waldbeamte entzog Obgenanntem zwecks Fellvermarktung die äussere Hülle, die er daraufhin zu seinem Domizil brachte. Die Grossmutter führte sich die eingangs erwähnten Nahrungs- und Genussmittel einverleiblich zu, was ihre kurz- bis mittelfristige Genesung zur Folge hatte, wogegen die R. einen Lernprozess bezüglich der Folgen einer Nichtfolgeleistung von Verboten und Vorschriften durchlebte.

nach: Thaddäus Troll

L'Ecole bernoise

Chômage des enseignants

Ce qu'en dit l'officialité

On s'en souvient, l'Assemblée des délégués de la SEB du 5 juin 1985 a approuvé toute une série de mesures pour lutter contre le chômage des enseignants. La SEB a aussitôt transmis ses propositions à la Direction de l'instruction publique qui s'est engagée à les examiner attentivement et à tenir la SEB au courant de la situation. Dans une lettre datée du 15 novembre 1985 et que la SEB n'a pas reçue (une copie lui a été remise lors de la rencontre du 25 novembre avec la DIP), la Direction de l'instruction publique s'exprime comme suit:

(pour faciliter la compréhension, nous indiquons en regard la proposition de la SEB)

Lettre de la Direction de l'instruction publique

Berne, le 15 novembre 1985

Mesures pour combattre le chômage des enseignants

Monsieur le Président,
Mesdames, Messieurs,

L'Assemblée des délégués de la Société des enseignants bernois a approuvé, le 5 juin 1985, un catalogue de propositions pour combattre le chômage des enseignants, catalogue que vous nous avez fait parvenir le 26 juin 1985 avec une lettre d'accompagnement. Lors de notre rencontre du 12 août 1985, nous vous avons informés verbalement de notre intention de répondre à votre requête dès que nous aurons pu discuter avec la Direction des finances d'un catalogue de mesures que nous avons élaboré. Une première discussion a eu lieu le 7 octobre 1985 et une autre est prévue pour fin novembre/début décembre.

Avant de prendre position sur les diverses mesures approuvées à l'unanimité par l'Assemblée des délégués de la SEB, permettez-nous quelques remarques préliminaires sur le problème de la lutte contre le chômage des enseignants:

1. Le groupe de travail «Pléthore» (pour combattre le chômage des enseignants), mis en place en 1976, a été dissous en 1982. Depuis 1976, il s'est occupé, entre autres, en étroite collaboration avec la SEB, de différents projets qui ont contribué à détendre la situation sur le marché de l'emploi. Mentionnons en particulier:

- Le projet de jardins d'enfants à temps partiel dans les régions à faible densité de population dont les bases légales ont été fixées dans la récente loi sur les jardins d'enfants. Ce projet a eu une influence considérable sur le développement des jardins d'enfants.
- La réduction des leçons supplémentaires décidée en 1976 a permis la création d'un grand nombre de postes à temps partiel. Depuis lors, en collaboration avec la SEB, la situation des enseignants à temps partiel a pu être améliorée considérablement.
- Par décision du Grand Conseil, des crédits supplémentaires pour les cours de perfectionnement durant le temps d'école ont pu être accordés dans le cadre de projets s'étendant sur plusieurs années. Ils ont dû être ajournés pour les raisons que vous connaissez. Des interventions parlementaires acceptées, soit comme motions (1982: Hamm), soit comme postulats (1985: point 5 de la motion Zürcher), chargent le Conseil exécutif d'organiser à nouveau de tels cours pour le perfectionnement des enseignants.
- Les emplois en duo et les congés non payés contribuent de manière importante à augmenter les possibilités d'enseigner, même s'il ne s'agit parfois que de remplacements.
- Enfin, on a essayé, avec les prévisions des besoins en enseignants 1979–1985 pour la partie allemande du canton et 1980–1986 pour la partie française, de créer des bases permettant une évaluation de la situation future. Ces prévisions ont été revues en 1984.

2. Des recommandations ont été élaborées (1977 et 1981) par la Conférence suisse des directeurs de l'Instruction publique (CDIP). Nous y avons participé de manière importante et nous y avons présenté diverses possibilités permettant de détendre la situation sur le marché de l'emploi des enseignants.

3. Nous étions conscients, en 1982, malgré la dissolution du groupe «Pléthore», qu'il fallait suivre de près l'évolution de la situation sur le marché de l'emploi des enseignants. C'est la raison pour laquelle le domaine «Pléthore» a été repris, dès 1981, dans le cahier des charges de certains de nos collaborateurs et de spécialistes du chômage – en parallèle à d'autres tâches.

4. Nous avons enfin mis en place un groupe de travail interne «Marché de l'emploi des enseignants» chargé particulièrement des problèmes de la formation des enseignants à l'Université. Il présentera sous peu son rapport final. Des représentants de la SEB font partie de ce groupe de travail.

En ce qui concerne vos propositions, nous nous permettons de prendre position comme suit:

1. Mesures à réaliser à court terme

1.1 *Limitation à deux des leçons supplémentaires dans toutes les écoles relevant des différentes directions, dès le début de l'année scolaire 1986/87.*

La limitation pour les différentes écoles relevant de la DIP va dans le sens de la requête par la modification de l'ordonnance sur les leçons obligatoires, publiée dans la «Feuille officielle scolaire» du 30 septembre 1985. En ce qui concerne les autres directions, par la commission DIP/DEP, nous collaborons avec la Direction de l'économie publique. Des progrès sont prévisibles. Mais pour les faire passer dans la loi, nous devons attendre les résultats des mesures prises actuellement et la disponibilité des intéressés à accepter des modifications administratives.

1.2 *Mise en place rapide des conditions pour une interdiction générale des leçons supplémentaires pour les enseignants des écoles publiques.*

Une interdiction générale ne pourra être prononcée que lorsque nous connaîtrons les résultats de la limitation de 1985 des leçons supplémentaires. Nous nous sommes exprimés à ce sujet dans le message sur la modification de l'ordonnance susmentionnée. Mais une certaine souplesse sera toujours nécessaire pour garantir le droit des élèves à l'enseignement.

1. *Le Comité cantonal présente les propositions suivantes à la Direction de l'instruction publique et s'engage de toutes ses forces pour obtenir leur réalisation rapide:*

1.1 *Limitation à deux, sauf pour des raisons d'organisation, des leçons supplémentaires dans toutes les écoles relevant des différentes directions, à partir du début de l'année scolaire 1986/87.*

1.2 *Mise en place rapide des conditions pour une interdiction générale des leçons supplémentaires pour les enseignants des écoles publiques (par exemple garantie des allocations sociales et de la couverture de l'assurance en cas d'engagement dans différentes écoles relevant éventuellement de différentes directions, «marge de manœuvre» pour la structure des horaires, prise en compte de l'activité dans les cours, etc.).*

1.3 *Réexamen des directives sur les effectifs des classes.*

Nous avons procédé à un réexamen et la SEB s'est exprimée de manière positive à ce sujet.

1.3 Réexamen des directives sur les effectifs des classes pour mieux tenir compte des conditions existant actuellement dans les écoles primaires bernoises et pour améliorer sensiblement les conditions des écoles moyennes. La catégorie normale pour des classes à un degré doit être fixée de 15 à 24 élèves.

1.4 *Introduction de la possibilité de prendre la gratification d'ancienneté sous forme de congés payés.*

Nous vous renvoyons aux possibilités actuelles. Maintenant déjà, il est possible de prendre la gratification d'ancienneté sous forme de congés non payés. Des problèmes peuvent toutefois éventuellement se poser dans le domaine des prestations sociales. Nous attirons également votre attention sur la différence entre les enseignants et les employés pour lesquels il n'est pas nécessaire d'engager un remplaçant durant le congé.

1.4 Introduction de la possibilité de prendre le cadeau d'ancienneté sous la forme de congés payés au lieu d'un mois de traitement.

1.5 *Réduction d'une leçon hebdomadaire de l'horaire des enseignants.*

Cette revendication ne paraît pas, pour l'instant, politiquement réalisable. Elle doit être considérée en relation avec une réduction générale du temps de travail. Elle est de ce fait l'affaire du Gouvernement. Mais, grâce à la nouvelle réglementation de l'allégement pour raison d'âge, le problème nous semble moins aigu.

1.5 Réduction d'une leçon hebdomadaire de l'horaire des enseignants en relation avec la réduction de deux heures du temps de travail du personnel de l'Etat et avec la réduction du temps de travail dans l'économie privée.

1.6 *Mise en vigueur de la nouvelle réglementation proposée par la SEB pour l'allégement pour raison d'âge.*

La décision a été prise le 21 août 1985 par le Gouvernement et a été acceptée comme une mesure positive par la SEB.

1.6 Mise en vigueur de la nouvelle réglementation proposée par la SEB pour l'allégement pour raison d'âge, au plus tard au début de l'année scolaire 1986/87.

1.7 *Augmentation de la rente transitoire financée par les primes des assurés.*

Nous ne la contestons pas et nous espérons que cette affaire, qui a soulevé certaines objections en septembre 1985, pourra être réglée entre la Direction des finances et nous. La commission de gestion de la CACEB nous a priés, à fin septembre, d'intervenir pour que la modification proposée des dispositions d'exécution des statuts soit approuvée aussi rapidement que possible.

1.7 Augmentation de la rente transitoire – financée par les primes des assurés – pour faciliter la retraite anticipée volontaire.

1.8 *Réintroduction des congés payés de formation.*

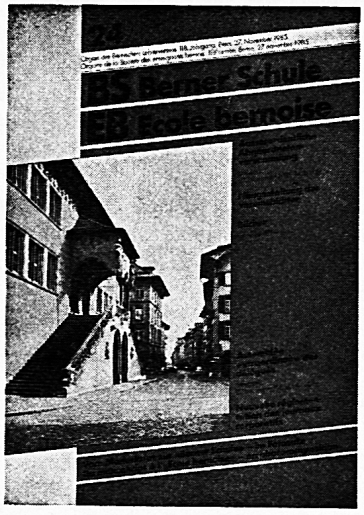
Leur suppression relève d'une décision de politique financière qui devrait être abrogée par le Gouvernement au terme du programme d'économies en vigueur jusqu'en 1986. Les coûts sont élevés et les congés payés n'apportent, en comparaison avec le nombre élevé des congés non payés, aucune possibilité importante de remplacements supplémentaires.

1.8 Réintroduction, au terme du programme d'économies du Gouvernement actuellement en cours, des congés payés de formation, conformément au décret en vigueur.

1.9 *Organisation de cours pour familiariser les enseignants en place avec certains domaines nouveaux des plans d'études.*

Nous sommes d'avis que cette mesure est de loin la plus efficace et peut être combinée de manière judicieuse. Dans les années 1976–1982, nous avons fait de bonnes expériences et nous nous employons actuellement à élaborer, en accord avec la Direction des finances, un arrêté du Grand Conseil à ce sujet.

1.9 Organisation de cours pour familiariser les enseignants en place avec certains domaines nouveaux des plans d'études, alors que les enseignants au chômage pourraient être engagés comme remplaçants. Il s'agit de proposer au Grand Conseil un crédit adéquat.



NOUVEAU

dès
avril 1986

BS «BERNER SCHULE» EB «ÉCOLE BERNOISE»

- **un nouveau graphisme!**
- **une nouvelle présentation!**

Les motions Hamm, Zürcher et les interventions parlementaires pour combattre le chômage des enseignants nous fournissent l'appui politique nécessaire. Actuellement, nous sommes en train de rassembler, à l'intention de la Direction des finances que nous avons déjà informée préalablement, la documentation qui permettra de mieux évaluer le projet. Nous espérons pouvoir obtenir le crédit nécessaire dans le budget 1987, ce qui présuppose une décision du Gouvernement avant la fin de 1985.

1.10 *Création d'une équipe de remplaçants assurés d'un horaire correspondant à un demi-poste, au moins.*

Les bases légales pour mettre sur pied une telle réserve de remplaçants font actuellement défaut. Nous nous permettons de rappeler que ce sont les commissions scolaires qui sont compétentes pour engager les remplaçants.

Dans le climat politique actuel, nous voyons des problèmes de compétence et de chances de succès. Nous souhaitons réaliser d'abord d'autres postulats qui nous paraissent plus importants. Nous nous permettons de mentionner la réorganisation de notre centrale de remplacements. Il s'agit d'un effort couronné de succès pour l'engagement souhaité et la mise à disposition de remplaçants.

1.11 *Priorité aux enseignants ayant le titre requis pour les nominations provisoires et les remplacements.*

Cette revendication retient toute notre attention. Dans la «Feuille officielle scolaire», nous publions périodiquement les appels y relatifs qui permettent

1.10 *Création d'une équipe de remplaçants assurés d'un horaire correspondant à un demi-poste, au moins.*

1.11 *Priorité aux enseignants ayant le titre requis pour les nominations provisoires et les remplacements.*

les mises au concours adéquates. La condition nécessaire pour les mises au concours des remplacements est une durée d'au moins un mois. Par nos organes de consultation (inspecteurs, directeurs d'écoles normales, recteurs), nous attirons constamment l'attention sur cette revendication justifiée.

1.12 *Développement de l'école bernoise.*

La réalisation de cette revendication nécessite du temps. Nous nous permettons de vous signaler le message de la loi sur les écoles du degré diplôme qui sera discutée prochainement par le Grand Conseil, les travaux qui viennent de débuter dans le cadre d'un groupe de travail interne de la DIP sur la nouvelle loi sur la scolarité obligatoire et les efforts en cours dans le domaine de la formation des adultes.

Les cours d'appui sont possibles actuellement déjà. Les dispositions du plan d'études sur les devoirs à domicile ne devraient pas nécessiter une aide officielle particulière pour les devoirs.

1.12 Développement de l'école bernoise de sorte qu'elle réponde aux besoins actuels, en particulier dans les domaines suivants: années pratiques, écoles de degré diplôme, formation des adultes, cours d'appui et de rattrapage.

Développement de l'aide pédagogique apportée aux élèves, en particulier dans les domaines suivants: cours d'appui, aide spécifique aux enfants immigrés de tous les degrés, aide pour les devoirs.

2. Mesures à réaliser à long terme

2. L'AD de la SEB recommande d'envisager, à long terme, les mesures suivantes qui permettront de réduire le chômage des enseignants:

2.1 *Suppression des obstacles existant encore actuellement pour la réduction volontaire des heures d'enseignement et pour le partage des postes.*

Des obstacles existent encore à propos de la réduction volontaire des heures d'enseignement, surtout à l'école secondaire. La nouvelle réglementation de l'allégement pour raison d'âge devrait permettre d'écarter de manière générale les préjudices les plus choquants. Avec la Conférence des inspecteurs des écoles secondaires, nous recherchons des solutions souples. Ces réductions d'heures ne doivent pas se faire au détriment des élèves; c'est également valable pour l'enseignement en duo. Dans une lettre adressée récemment aux inspecteurs, nous les avons, une fois de plus, rendus attentifs aux possibilités de partage de postes. Comme les deux titulaires peuvent être élus au moins provisoirement, on peut considérer qu'il s'agit là d'une nette amélioration des conditions d'engagement.

2.1 Suppression des obstacles existant encore actuellement pour la réduction volontaire des heures d'enseignement et pour le partage de postes.

2.2 *Poursuite de la pratique libérale actuelle dans l'octroi de congés non payés aux enseignants.*

La Direction de l'instruction publique a exprimé à maintes reprises son intention de poursuivre sa pratique généreuse en ce domaine. Mais nous ne pouvons pas cacher que les autorités scolaires et communales ne comprennent pas toujours cette générosité.

2.2 Poursuite de la pratique libérale actuelle dans l'octroi de congés non payés aux enseignants.

2.3 *Transformation en leçons d'allégement des indemnisations pour les travaux administratifs.*

Cette transformation est très coûteuse et peut provoquer un éclatement des leçons qui n'apporterait aucune amélioration pour les horaires à temps partiel. C'est la raison pour laquelle nous rejetons cette revendication.

2.3 Transformation en leçons d'allégement des indemnisations pour les travaux administratifs dans les écoles (bibliothécaire, responsables de l'horaire, du matériel, des soins dentaires, des collections, etc.).

2.4 *Libération de maîtres en fonction pour collaborer à divers projets de recherche pédagogique.*

La pratique existe déjà dans une large mesure et doit se poursuivre. Nous nous permettons de rappeler les différents projets précisément dans le domaine des moyens d'enseignement et dans le perfectionnement des enseignants.

2.5 *Plus grandes facilités de passage entre l'école normale et les autres voies de formation.*

En collaboration étroite avec la Commission d'examen du brevet et la Conférence des directeurs des écoles normales, nous avons mis en consultation le rapport du groupe de travail «Certificat après la première partie du brevet» (certificat pour ceux qui quittent l'école normale). Nous espérons pouvoir montrer des voies qui correspondent entièrement ou partiellement à vos revendications.

2.6 *Promotion de l'idée d'une vraie récurrence dans la profession enseignante.*

Cette revendication nous paraît importante. Elle ne peut toutefois être coupée des efforts actuellement en cours en vue d'une conception globale de la formation des enseignants. Pour cette raison, elle n'est pas réalisable à brève échéance, comme vous le constatez vous-mêmes très justement.

2.7 *Réexamens périodiques des prévisions des besoins en enseignants et large information du public et des candidats aux formations enseignantes sur la situation de l'emploi, mais sans en dissuader les candidats capables et intéressés.*

Un groupe de travail interdirections travaille au mandat que lui a donné l'acceptation de la motion Salvisberg, à savoir des prévisions des besoins en enseignants pour tous les degrés jusqu'en 1995. Le rapport et les résultats seront présentés au Grand Conseil en 1986.

L'information du public est faite soigneusement dans le cadre de la conception des écoles normales et de la politique d'admission à l'école normale, en étroite collaboration avec les directeurs des EN. Nous avons fait des expériences désagréables avec certains articles de journaux qui ne parlaient que de la situation à l'école primaire et avançaient parfois des chiffres sujets à caution.

2.8 *Abaissement général de l'âge de la retraite.*

Il appartient au Gouvernement de se prononcer à ce sujet.

3. Mesures rejetées par la SEB

3.1 *Introduction du «numerus clausus».*

Conséquence d'une politique libérale de formation – parfois en contradiction avec les efforts pour combattre radicalement le chômage des enseignants – on doit évidemment accepter de laisser ouverte

2.4 *Libération de maîtres en fonction pour collaborer à divers projets de recherche pédagogique.*

2.5 *Plus grandes facilités de passage entre l'école normale et les autres voies de formation.*

2.6 *Promotion de l'idée d'une vraie récurrence dans la profession enseignante.*

2.7 *Réexamens périodiques des prévisions des besoins en enseignants et large information du public et des candidats aux formations enseignantes sur la situation de l'emploi, mais sans en dissuader les candidats capables et intéressés.*

2.8 *Abaissement général de l'âge de la retraite.*

3. *La SEB rejette les mesures suivantes discutées dans le cadre de cette décision parce que leurs inconvénients sociaux l'emportent sur leur utilité dans la politique de l'emploi:*

3.1 *L'introduction du «numerus clausus» dans les institutions de formation des enseignants.*

la voie de la formation enseignante à tous ceux qui veulent se former, quand bien même les perspectives professionnelles sont mauvaises.

3.2 *Interdiction des «doubles salaires».*

Le Gouvernement s'est exprimé à ce sujet dans sa réponse à la motion Scherrer qui a été repoussée lors de la session de mai 1985.

3.3 *Organisation d'une manifestation de la SEB en automne 1985.*

Nous sommes d'accord avec vous. Ce ne serait certainement pas le moyen approprié qui permettrait de résoudre les problèmes actuels.

Pour conclure, nous vous remercions de vos efforts à combattre le chômage des enseignants. Nous espérons que vous comprendrez notre attitude et nous vous remercions de l'appui que vous nous accorderez.

Avec nos salutations les meilleures.

Le directeur de l'Instruction publique:
Favre

Adaptation française: *Yves Monnin*

3.2 *L'interdiction des «doubles salaires» limitée à l'élection dans les écoles publiques ou aux femmes mariées.*

3.3 *L'organisation d'une manifestation de la SEB, en automne 1985, pour sensibiliser l'opinion publique aux problèmes du chômage des enseignants.*

Réponse de la SEB à la DIP

Berne, le 16 décembre 1985

Mesures pour combattre le chômage des enseignants

Monsieur le Directeur de l'Instruction publique,

Dans sa séance du 11 décembre 1985, le Comité cantonal de la Société des enseignants bernois a pris connaissance de votre réponse aux mesures proposées pour combattre le chômage des enseignants et en a longuement discuté. Il a chargé le Comité directeur de vous faire part du résultat de ses délibérations sur quelques points.

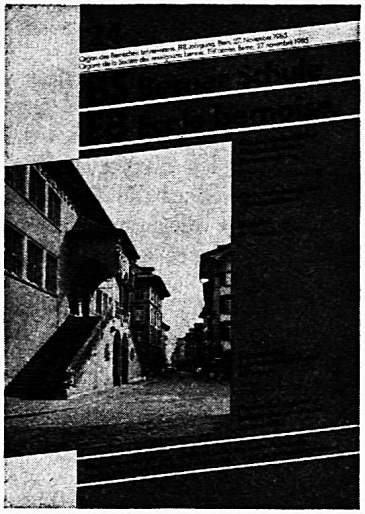
1. Leçons supplémentaires

L'Assemblée des délégués de la SEB a fait les propositions suivantes:

1.1 Limitation à deux, sauf pour des raisons d'organisation, des leçons supplémentaires dans toutes les écoles relevant des différentes directions, à partir du début de l'année scolaire 1986/1987.

1.2 Mise en place rapide des conditions pour une interdiction générale des leçons supplémentaires pour les enseignants des écoles publiques (par exemple garantie des allocations sociales et couverture de l'assurance en cas d'engagement dans différentes écoles relevant éventuellement de différentes directions, «marge de manœuvre» pour la structure des horaires, prise en compte de l'activité dans les cours, etc.).

En modifiant l'ordonnance sur les leçons supplémentaires, votre direction a étendu la réglementation actuelle à toutes les écoles relevant de la DIP. La Direction de l'économie publique est sollicitée pour appliquer, elle aussi, les nouvelles prescriptions et inclure les écoles



NOUVEAU

dès
avril 1986

BS «BERNER SCHULE»
EB «ÉCOLE BERNOISE»

– tirage deux couleurs!

– couverture!

professionnelles dans les restrictions. De la sorte, le point 1.1 est rempli dans les grandes lignes. La Direction de l'instruction publique, avec la nouvelle réglementation de l'allégement pour raison d'âge pour les enseignants de plus de 50 ans, a édicté des prescriptions plus sévères et a attribué la compétence aux inspecteurs. La SEB vous avait mis en garde contre ce pas supplémentaire, mais en vain. Actuellement, les inspecteurs des écoles primaires et secondaires ont communiqué à leurs commissions que même pour les enseignants de moins de 50 ans il fallait renvoyer pour réexamen «toute annonce d'horaire (Pensenmeldung) d'enseignants ayant deux leçons supplémentaires» et que le «dépassement de l'horaire complet d'une leçon ne serait autorisé que pour des motifs vraiment importants et pour un ou deux cas par école».

La DIP et la SEB sont d'accord sur ce point: l'enseignant n'a aucun droit à revendiquer des leçons supplémentaires. Elles sont également du même avis en ce qui concerne les objectifs, à savoir la suppression, dans la mesure du possible, des leçons supplémentaires. Mais la SEB considère la récente procédure comme inadéquate et maladroite.

Elle crée une situation de droit différente, non seulement entre les enseignants de plus et les enseignants de moins de 50 ans, mais aussi entre ceux qui enseignent des leçons supplémentaires dans leur école et ceux qui les enseignent dans une autre école.

Les nouvelles dispositions peuvent être «interprétées» du fait que la modification de l'ordonnance approuvée par le Conseil exécutif donne à la commission scolaire la compétence d'accorder deux leçons supplémentaires aux enseignants de moins de 50 ans et fixe pour eux des critères moins sévères. Elle n'exige «des raisons impérieuses» que pour la troisième et la quatrième leçon supplémentaire.

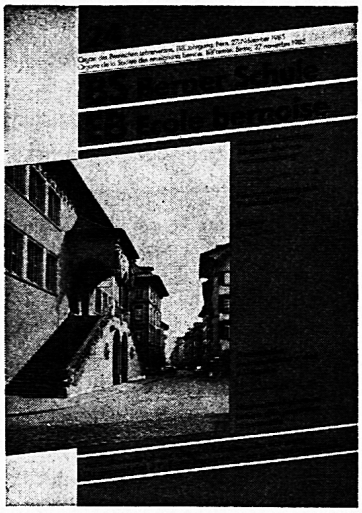
Les liens précieux existant entre les écoles obligatoires et les écoles professionnelles se trouvent menacés. Les leçons supplémentaires dans les écoles relevant de différentes directions ne pourront être supprimées que lorsqu'auront été réglés de manière satisfaisante les problèmes des allocations d'ancienneté, des allocations sociales, de la caisse de retraite et des autres assurances. Ce n'est pas encore le cas actuellement.

La SEB vous demande d'intervenir afin que la pratique n'aille pas au-delà des modifications de l'ordonnance effectivement décidées et que soient créées les conditions-cadres réclamées par la SEB pour atteindre des objectifs plus lointains.

2. Cadeaux d'annciennetè

L'obtention d'un congé non payé est une possibilité qui dépend de la bonne volonté des personnes concernées. L'obtention d'un cadeau d'ancienneté est un droit inscrit dans la loi. Si on recommande aux enseignants de transformer en congé le cadeau d'ancienneté, comme cela se pratique chez les employés, il faut qu'un arrêté le permette. Vous-mêmes, dans votre réponse, vous faites allusion aux problèmes qui se posent dans le domaine des allocations sociales et de la couverture de l'assurance. Le remplacement nécessité par le congé revient meilleur marché à l'Etat et à la commune qu'un mois de traitement.

La SEB vous demande d'examiner sérieusement cette mesure et de créer les conditions nécessaires à sa réalisation.



NOUVEAU

dès
avril 1986

BS «BERNER SCHULE»
EB «ÉCOLE BERNOISE»

Pour alimenter la caisse de la classe:

Pourquoi ne nous enverriez-vous pas des travaux d'élèves qui nous permettraient d'illustrer notre journal?

3. Congés de formation

Votre réponse est décevante à ce sujet. La SEB attend que vous placiez les nécessités de la politique de l'éducation avant les décisions à court terme de la politique financière. Dans l'économie privée, chaque entreprise perfectionne ses employés afin de pouvoir maîtriser l'évolution rapide en de nombreux domaines. L'école publique doit aussi le faire dans l'intérêt d'une éducation adaptée à notre époque. Les bases légales ont été créées il y a longtemps déjà par des politiciens avisés. Au terme du programme d'économies du Gouvernement, les restrictions décidées jusqu'en 1986 arriveront à échéance. C'est la raison pour laquelle la SEB vous demande de prévoir à nouveau des moyens plus importants pour les congés de formation des enseignants.

4. Généralités

Le Comité cantonal vous remercie des mesures qui ont été déjà réalisées dans l'intérêt de l'école. Malgré certains progrès, il considère votre réponse comme décevante et attend que vous vous engagiez de toutes vos forces pour réaliser les mesures proposées par la SEB pour combattre le chômage des enseignants.

Avec nos salutations cordiales.

Le Comité directeur,
sur mandat du Comité cantonal:
La présidente: *R. Rentsch*
Le secrétaire: *M. Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Les effectifs en Suisse romande et au Tessin

La dernière statistique publiée par l'IRDP donne des comparaisons intéressantes sur les effectifs moyens dans les classes de Suisse romande et du Tessin:

Canton	Classes primaires (ou secondaires à exigences élémentaires) à un degré	à plusieurs degrés	Classes secondaires à exigences étendues
Berne (partie francophone)	15,7	13,7	21,0
Fribourg	19,4	19,3	24,3
Tessin	19,1	16,4	21,2
Vaud	19,1	17,1	19,7
Valais	18,7	16,7	22,9
Neuchâtel	18,0	16,1	21,3
Genève	19,8	14,3	20,6
Jura	17,6	14,8	22,3
Suisse romande (sans Tessin)	18,8	17,0	21,2

Comme on peut s'en rendre compte, le canton de Berne est loin d'être à la traîne des cantons romands puisqu'il se trouve à avoir les effectifs les plus bas à l'école primaire, tant dans les classes à un degré que dans les classes à plusieurs degrés, et qu'au degré secondaire à exigences étendues, seuls les cantons de Vaud et de Genève ont des effectifs plus bas.

On peut s'attendre à ce que les nouvelles directives sur les effectifs qui entreront en vigueur au début de l'année scolaire 1986/87 fassent encore descendre ces chiffres dans notre canton.

ym

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Cours et manifestations du mois d'avril 1986

2.5
Attitude de l'enseignant et réussite des élèves – M. Pierre Marc, professeur de pédagogie à l'Université de Neuchâtel. 14 heures (week-end) – 26 et 27 avril. Neuchâtel

3.7.1
Travail sur bois (SJTMRS) – MM. Jean-Charles Munier, Tramelan, et Jean-Paul Obrecht, Undervelier. Une semaine. – Du 1er au 4 avril. Bienne

4.7.2
L'entretien thérapeutique (SOB) – Mme Mireille Meuron, Marin. Deux journées – 29 avril et 20 mai. Marin

4.14.7
Education musicale – Programme 6e année (avancés) – Mme Annie Rossel, Tramelan, et M. Daniel Delisle, Vauffelin. Une séance – 24 avril. Tavannes

5.1.2
A chacun sa marionnette (AJE) – Mme Cecilia Baggio, La Chaux-de-Fonds. Quatre séances – 16, 23 et 30 avril; 7 mai. 14 à 17 heures

5.27
Buffets chauds et froids – Divers desserts (ACBEEF) – Ecole hôtelière de Glion. Deux après-midi – 16 et 30 avril. 14 h. 15 à 18 heures. Ecole hôtelière de Glion

5.53.1
La présence de l'Europe dans l'enseignement de l'histoire suisse et des connaissances civiques – Commission romande d'éducation civique européenne. Deux demi-journées – 24 et 26 avril. 8 h. 30 à 12 heures et 14 à 18 heures. Samedi: 8 h. 30 à 13 h. 30. Le Brassus (Vaud)

5.64.18
Informatique de gestion – M. Dino Dotta. Quatre journées – Du 7 au 11 avril. Bellinzone

5.87.2
Comment préparer les élèves au choix professionnel et à la vie active – Offices d'orientation de Tavannes et de Bienne. Trois journées et demie – En avril et en octobre. 8 h. 30 à 17 heures

5.94.4
Les prophètes en Israël. Les prophètes aujourd'hui – M. Samuel Amsler, Lausanne. Trois séances – 28 avril, 5 et 12 mai. 17 heures à 18 h. 30. Bienne ou Moutier

5.101.2
Photographie dans la nature – M. Alain Saunier, Grandval. Quatre matinées et deux soirées et une journée – Dès le 22 avril (soirée) au 16 septembre (soirée). Matinée: 7 à 12 heures; soirée: 20 heures à 22 h. 30; journée; 7 heures à 16 h. 30

5.103.2
Les tiers mondes et nous: unis pour le meilleur et pour le pire – M. Pierre Pradervand, Service Ecole tiers monde, Lausanne. Quatre après-midi – 16, 23 et 30 avril; 14 mai. 13 h. 30 à 17 heures. Bienne

5.110.2
Peinture et impression sur tissus – Mme Marie Petignat. Huit demi-journées – Dès le 12 avril. 9 à 12 heures

5.110.4
Rotin – Mme Eliane Amstutz, Corgémont. Cinq séances – 23 et 30 avril; 14, 21 et 28 mai. 17 heures à 19.30. Corgémont

5.110.6
Poterie, modelage, tournage, émaillage – Mlle Lise Delafontaine, Bienne – Dès le 7 avril (dix séances), Bienne

6.12.3
Forge (SJTMRS) – M. Etienne Krähenbühl, Agiez. Une semaine – Du 7 au 12 avril. 8 à 12 heures et 13 h. 30 à 16 h. 30. Corcelles

6.12.4
Batik (ACBMO) – Mme Jacqueline Sandoz, Chézard. Une semaine – Du 7 au 11 avril. 8 h. 30 à 17 heures. Bienne

8.2.1
Cours d'angais. Berthoud – Mme Dorothy Beriger et Jenny Haller-Ollington, Berne. Quatre journées – Du 1er au 4 avril. 9 à 17 heures. Berthoud

8.2.2
Cours d'anglais. Berthoud – id. au cours 8.2.1

8.2.3
Cours d'anglais. Berthoud – id. au cours 8.2.1

9.3
Initiation aux échanges scolaires – M. Jean-Paul Pazziani, Bernex, et collaborateurs. Deux après-midi – 23 avril et 7 mai. 14 heures à 17 h. 30. Bienne ou Moutier

Le directeur: *W. Jeanneret*

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Mittwoch, den 29. Januar 1986, 14.30 bis 17.25 Uhr
Vorsitz: Hansulrich Wyler

Bis zum 10. März 1986 läuft die vereinsinterne Vernehmlassung zur neuen Verordnung über die Unterrichtsbefähigung für das Fach Handarbeiten/Werken.

Der Kantonalvorstand bewilligte die Anschaffung eines Kleinpersonal-Computers für das autonom geführte Kurssekretariat.

Unterrichtsbefähigung im Fach Handarbeiten/Werken

Gleichzeitig mit der Einführung des Obligatoriums im Fach Handarbeiten/Werken für Primar- und Sekundarschulen wurde in den entsprechenden Gesetzen festgelegt, dass der Regierungsrat die Voraussetzung für das Erteilen des Unterrichts in diesem Fach festlegt. Dies hat die Erziehungsdirektion mit ihrem Verordnungsentwurf gemacht. Sie begründet die Notwendigkeit vor allem mit dem wesentlichen Wandel des Faches nach neuem Lehrplan.

Der Unterricht im Handarbeiten/Werken ist neu aufgeteilt in die Bereiche

- A: Handarbeiten/Werken; 1. bis 4. Schuljahr
- B: Handarbeiten/Werken textil; 5. bis 9. Schuljahr
- C: Handarbeiten/Werken nicht-textil; 5. bis 9. Schuljahr

Künftig sollen in den Ausbildungsgängen folgende Unterrichtsbefähigungen eingeschlossen sein:

- Arbeitslehrer/innen (Revision steht noch bevor): Alle Bereiche;
- Haushaltungslehrer/innen: Alle Bereiche;
- Primarlehrer/innen: Entweder A oder C;
- Sekundarlehrer/innen: Als Orientierungsfach nur für C.

Der Unterricht soll nach der laufenden Übergangszeit nur noch von Lehrern mit erworbener Unterrichtsbefähigung erteilt werden. Diese soll für Lehrer, die sie nicht in der Grundausbildung erwerben konnten, durch eine obligatorische Ergänzungsausbildung nachgeholt werden. Weisungen regeln den Umfang dieser Ergänzungsausbildung aufgrund der Vorbildung.

Die vereinsinterne Vernehmlassung richtet sich an alle Stufenorganisationen sowie an die Pädagogische und die Fortbildungskommission. Sie läuft bis zum 10. März 1986. Zusätzlich wird die «Bernische Vereinigung für Handarbeit und Schulreform» durch den BLV zur Stellungnahme aufgefordert.

Anschaffung eines Klein-Personal-Computers für das Kurssekretariat

Allein vom Umfang der Ausschreibungshefte her ist das steigende Angebot an Lehrerfortbildungskursen ersichtlich. Das und die erfreulicherweise höhere Nachfrage erfordern einen ständigen Ausbau auch der Administration.

Da im Bereich der Lehrerfortbildung die Verwaltung (Zentralstelle für Lehrerfortbildung) und der Bernische Lehrerverein eng zusammenarbeiten und deshalb der gegenseitige Austausch von Daten und Informationen wichtig ist, spielte bei der Evaluation einer EDV-Anlage dieses Moment eine entscheidende Rolle.

Vorab, aus finanziellen Gründen, kommt ein Einbezug in die von der Mitgliederverwaltung/Buchhaltung betriebene EDV-Anlage nicht in Frage, hingegen soll die Verbindung zwischen den beiden Systemen sichergestellt werden. Nach eingehenden Diskussionen beschloss der Kantonalvorstand die Anschaffung eines Klein-Personal-Computers und bewilligte einen Rahmenkredit von etwa 24000 Franken zulasten des Kontos «Kurssekretariat».

Bis endgültig über das Modell entschieden werden kann, sind durch den Kurssekretär noch verschiedene Sachfragen zu klären.

Übrige Geschäfte (Kurzform)

Der Kantonalvorstand

- *nahm Kenntnis von*
  - den Schulgeschäften in der Februarsession des Grossen Rates (vor allem 2. Lesung DMS-Gesetz und Gegenvorschlag Aekenmatter-Initiative);
  - einem Darlehenvereinbarungsnachtrag, der nötig war, weil die Darlehenshöhe und die hinterlegten Sicherheiten nach Abschluss des Vertrages noch in geringem Umfang geändert wurden;
  - der Gewährung eines beantragten Beitrages von jährlich 6000 Franken durch die ED an die Redaktionsarbeit der Bernischen Jugendschriftenkommission für die Jugendbuchbesprechungen ab 1987;
- *verabschiedete*
  - die Stellungnahme «Prüfungs- und Übertrittspensen»in höhere Mittelschulen zuhanden der ED;

- nach einer redaktionellen Bereinigung den Jahresbericht des Kantonalvorstandes zuhanden der Abgeordnetenversammlung;
- den Jahresbericht der Sektion Bern zuhanden des Schweizerischen Lehrervereins;

– *legte die vorläufige Traktandenliste für die Besprechung mit der ED vom 24. Februar 1986 fest;*

– *beschloss* das Problem «Beschränkung im Erteilen von Zusatzlektionen» nochmals mit der Erziehungsdirektion zu besprechen (am 24. Februar 1986);

– *behandelte und beantwortete eine Anfrage der Sektion Burgdorf* über die Schüler-Unfallversicherung in dem Sinne, dass für die Versicherung der Schüler die Gemeinden (respektive Aufsichtsbehörden) verantwortlich sind, und dass Lehrer für ungenügende Leistungsansätze nicht verantwortlich gemacht werden können;

– *lehnte ein Gesuch eines Beitrittwilligen um Enthebung von der Nachzahlungspflicht gemäss dem ihm von der AV erteilten, eindeutigen Auftrag ab;*

– *bewilligte*
  - die Ausrichtung des nichtbeanspruchten Budgetanteils (etwa 9500 Franken) der Berner «Schulpraxis» als Teilübernahme der Manuskriptkosten «Texte schreiben» an den Schweizerischen Lehrerverein. Das Heft ist als Beilage der «SLZ» erschienen und ersetzte die entsprechende Nummer der «Schulpraxis»;
  - den Rechtsschutz in einer Auseinandersetzung um die Übernahme von Leistungen zwischen Krankenkasse und Unfallversicherung nach einem durch einen Schwächeanfall verursachten ausserberuflichen Unfall;
  - den Rechtsschutz in einem Wiederwahlfall;
  - den Rechtsschutz in einem Ehrverletzungsfall;

– *wählte Hansulrich Wyler als neuen Verwalter des Logierhauses des BLV auf April 1986;*

– *schlug Esther Wildbolz, Sekundarlehrerin, Bern, und Ulrich Thomann, Primarlehrer, Bern, als Delegierte des BLV in den Vorstand der Regionalvereinigung Bern-Mittelland des Schweizerischen Verbandes «Schule und Elternhaus» vor;*

– *genehmigte die Abrechnung des Rechtsberaters BLV, Fürsprecher Hofer, im Betrag von 27 106 Franken. Budgetiert waren im Hinblick auf die Wiederwahlen 1986 45 000 Franken;*

NEU!

Ab
April 1986

BS «BERNER SCHULE»
EB «ECOLE BERNOISE»

Ein Beitrag für die Klassenkasse?

Ja, gegen Schülerarbeiten, die zur Illustration unserer Vereinszeitung verwendet werden können.

– *beförderte die Sachbearbeiterin im Kurssekretariat um eine Lohnklasse rückwirkend auf den 1. Januar 1986;*

– *gewährte*
  - einer Arbeitslehrerin, die eine berufsbegleitende zweijährige Nachausbildung absolviert, einen Ausbildungsvorschuss von 4800 Franken unter der Bedingung, dass sich der Hilfsfonds des SLV zu gleichen Teilen beteiligt;
  - einem nach statutarischen Bestimmungen aufgenommenen Mitglied einen Anteil von 500 Franken an die Rechtsschutzkosten.

Sekretariat BLV: *Werner Zaugg*

Erscheint vierzehntäglich

Nächste Ausgabe: 7. März 1986
Redaktionsschluss: Dienstag, 25. Februar 1986, 12 Uhr

Redaktion: Christian Jaberg, Postfach 7, 3043 Uettligen, Telefon 031 82 28 36.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Inserate für die SLZ direkt an: Zeitschriftenverlag, 8712 Stäfa.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: Daniel Moser, Steigerweg 26, 3006 Bern, Telefon 031 44 41 46.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Parution bimensuelle

Prochaine parution: 7 mars 1986
Délai rédactionnel: mardi 25 février 1986, 12 heures

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition: Eicher+Co. 1342–3001 Bern